

Leben in der Scheinnormalität?

Dragoslav Dedović, Balkanexperte und Leiter des Regionalbüros für Südosteuropa der Heinrich Böll Stiftung, über die innerstaatlichen Probleme des Versuchsstaates Bosnien-Herzegowina, den leisen Untergang eines ehemals multikulturellen Landes und die Rolle der internationalen Gemeinschaft.

Herr Dedović, Bosnien-Herzegowina (BiH), ein schwacher Bundesstaat, eingebettet in einen schwierigen sozio-ökonomischen und geopolitischen Kontext, scheint dem Scheitern nah zu sein. Die Komplexität der innerstaatlichen Gliederung ist ein ernst zu nehmender Hemmschuh für die weitere Entwicklung des Bundesstaates. Auf welchem Fundament steht der Frieden in Bosnien-Herzegowina?

Dedović: Heutzutage beobachten wir in BiH ein friedliches Nebeneinander. Die Grundlagen für ein Miteinander fehlen. Die Zeichen der Zeit stehen auf Trennung. Die Fundamente der heutigen verfassungspolitischen Lage des Landes wurden nicht von den Bürgern in einem demokratischen Prozess gelegt, sondern von den Herrschereliten, deren demokratische Legitimität ein Großteil der Bevölkerung nicht akzeptierte. Der Geburtsort des Friedens befand sich nicht im Land, sondern in Dayton, Ohio, USA. (Das Dayton-Friedensabkommen wurde im Jahre 1995 vom serbischen Präsidenten Milošević, dem kroatischen Präsidenten Tuđman und dem bosnisch-herzegowinischen Präsidenten Izetbegović unterzeichnet, unter Vermittlung der USA mit Beteiligung der EU und unter Leitung des damaligen US-Präsidenten Clinton, A. d. R.).

„Das zerstörte Zwischenmenschliche führt zur Scheinnormalität, die von den Bürgern als die einzig mögliche Realität mehrheitlich akzeptiert wird.“ Dragoslav Dedović

Was bedeutet das für die Bevölkerung?

Dedović: Das Dayton-Friedensabkommen brachte die schlechende Legalisierung der Ergebnisse des *ethnic cleansing* mit sich. Die ethnische Säuberung hat in BiH funktioniert. Aus fast allen ethnisch gemischten Ortschaften ist die Pluralität der Balkankulturen verschwunden. Die ethnische regionale Zusammensetzung der Bevölkerung wurde tief greifend verändert. Über 90% der Serben leben heute in der serbischen Republik und die Bosniaken sind zu über 90% in der Föderation beheimatet. Das zerstörte Zwischenmenschliche führt zur Scheinnormalität, die von den Bürgern als die einzig mögliche Realität mehrheitlich akzeptiert wird. Die Bevölkerung hat keine Alternative. Nicht nur die Macht ist ethnisch geteilt. Eine räumlich ethnische Trennung in den Schulen, eine kaum verschleierte Ablehnung des Anderen, kanonisiert in den Schulbüchern, ausgeübt in den öffentlichen Diensten und vorangetrieben durch ethnisch

voreingenommene Medien, erschweren der Bevölkerung eine Rückkehr zur Normalität eines multikulturellen Staates. Heutzutage kann niemand mehr einfach als Bürger des Landes seine politischen Rechte ausüben. Menschen sind entweder Bosniaken, Serben, Kroaten – oder ein politisches Nichts bzw. Teil der so genannten „Restlichen“. Diejenigen, die nicht nationalistisch denken und fühlen, ziehen sich angeekelt ins Private zurück. Dieser Zustand der nachhaltigen Resignation ist die geistige und moralische Bilanz von BiH im Jahre 2008.

„Menschen sind entweder Bosniaken, Serben, Kroaten – oder ein politisches Nichts bzw. Teil der so genannten Restlichen.“ Dragoslav Dedović

Als Leiter des Regionalbüros bemühen Sie sich in Belgrad um die Koordination der Aufgaben der verschiedenen Landesbüros in BiH, Kroatien, dem Kosovo und Montenegro. Worin liegen ihre Arbeitsschwerpunkte?

Dedović: Die Böll Stiftung arbeitet besonders im Bereich der Demokratisierung und der Sensibilisierung für Menschenrechte. Dabei handelt es sich auch um die Übermittlung der Botschaft „Ihr seid nicht allein“ an die lokalen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure, die im Spektrum der grünen Werte agieren. Wir versuchen mit Hilfe der Landesbüros eine Netzwerkfunktion einzunehmen und Medien als Multiplikatoren für den Aufbau eines interethnischen Dialogs für eine Zukunft des Miteinanders zu gewinnen. Jugendarbeit und die Zusammenarbeit mit Jungakademikern sind zwei unserer Hauptanliegen.



01

01 Dragoslav Dedović

Sie haben gerade von der Übermittlung der Botschaft „Ihr seid nicht allein“ gesprochen. Beim Wiederaufbau des kriegsgeschundenen Landes hat die internationale Gemeinschaft eine große Rolle gespielt. Welche Bedeutung hat sie heute?

Dedović: Die internationale Gemeinschaft stoppte 1995 das Gemetzel. Sie war jedoch bald mit ihrer Rolle als gestalterische Friedensmacht überfordert. Kriegsverbrecher wurden bei den Verhandlungen salonfähig gemacht und nicht verhaftet. Das bedeutete den zweiten, leisen Untergang des mir vertrauten multikulturellen Landes. Ethnozentrische Politik ist nach wie vor dominant. Die Präsenz der internationalen Gemeinschaft ist nötig, aber sie wird nicht als Teil der Lösung, sondern besonders als Teil des Problems wahrgenommen. Die nationalistischen Politeliten vermeiden die volle Verantwortung für ihr Tun und Lassen, oft mit dem Hinweis, dass der Hohe Repräsentant sie an der Verwirklichung ihrer sonst zum Wohle des Volkes ausgerichteten Politik hindere. (Der Hohe Repräsentant der internationalen Gemeinschaft agiert mit Hilfe von einschneidenden Sonderbefugnisse, z.B. die Befugnis, allein Gesetze zu erlassen, A. d. R.). Daraus ergibt sich eine strukturell geförderte Verantwortungslosigkeit ohnegleichen und ein sich blockierendes System. Paradox ist, dass viele Bürger meinen, dass die internationale Gemeinschaft unersetzlich sei, denn es gebe derzeit keine demokratische Alternative im Lande.

„Die Präsenz der internationalen Gemeinschaft ist nötig, aber sie wird nicht als Teil der Lösung, sondern besonders als Teil des Problems wahrgenommen.“ Dragoslav Dedović

Welche Reformen wären wo notwendig?

Dedović: In BiH gibt es auf allen Ebenen dringenden Reformbedarf. Eine Umverteilung der Kompetenzen zugunsten des Zentralstaates sowie das Wiederaufgreifen gescheiterter Verfassungsreformen sind zwei Beispiele. Anstehende Bündel an Reformen müssen dabei von innen mitgetragen werden. Die strukturellen Reformen müssen schnell herangeführt werden und zwar irreversibel mit der Legitimität der Bevölkerung. Serben und Kroaten müssen mehrheitlich für ein gemeinsames Staatsprojekt gewonnen werden. Leider gibt es zurzeit in BiH keinen Konsensus über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft; deshalb auch keine reformfreundlichen politischen Mehrheiten.

Das Interview führte
Elisabeth Alber

Weitere Infos zu den Aktionstagen zur Zukunft des Balkans im Mai 2008 und allen Organisatoren unter: <http://www.eurac.edu/Org/Minorities/SFeRe/Projects/SchwerpunktBalkanforschung.htm>



Internationale Konferenz „13 Jahre nach Dayton“

Seit dem Ende der Balkankriege versuchen zahlreiche Akteure den demokratischen Transitionsprozess in Bosnien-Herzegowina (BiH) mit zu lenken. 30 junge Menschen aus BiH, dem Kosovo und Serbien haben vom 15. bis zum 18. Mai in Bozen und Trient über ihren Alltag und ihre Projektarbeit in Jugendzentren gesprochen. Die Rückkehr der Flüchtlinge, die mentale Aufarbeitung des Krieges, die Bürgerbeteiligung an Demokratisierungsprozessen und der Wiederaufbau der Wirtschaft sind nur einige der Aufgaben, welche die Balkanbevölkerung bewältigen muss, um einen nachhaltigen Grundstein für eine gemeinsame Zukunft nach dem Prinzip der Nicht-Diskriminierung und der Achtung der Vielfalt legen zu können.

Tatsache ist, dass demokratische Institutionen in Transformationsgesellschaften keine Selbstverständlichkeit sind und das Vertrauen der Lokalbürger in solche ebenso wenig. Der Bürgerbeteiligung muss deshalb neue Dynamik verliehen werden. Dazu braucht es gut funktionierende transparente Regierungs- und Verwaltungsstrukturen. Bei der internationalen Tagung zur Zukunft des Balkans, am 17. Mai 2008, an der EURAC, hat ACADEMIA die Gelegenheit genutzt, mit dem Balkanexperten und Leiter des Regionalbüros für Südosteuropa der Heinrich Böll Stiftung Dragoslav Dedović in Belgrad ein Gespräch zu führen.

Bosnien-Herzegowina

Der Bundesstaat BiH bildet das gemeinsame Dach für das Zusammenleben zweier Gebietskörperschaften: einerseits, die bosniakisch-kroatische Föderation (FBH) mit ihren 10 Kantonen, die über erhebliche eigene Zuständigkeiten verfügen; andererseits, die serbische Republik (RS), ein Einheitsstaat. Dieses Staatsgebilde ist das Ergebnis des vor 13 Jahren abgeschlossenen Friedensabkommens von Dayton, das 1995 zur Beendigung der Balkankriege führte. (vgl. Beitrag ACADEMIA 43 „Ethnischer Föderalismus: Stabilisierung oder Hemmschuh?“)